

Günter Giesenfeld

Geopolitisches Delirium?

US-amerikanische Denkmuster über Internet, Cyberspace und künftige Kriege

Wer sich ein wenig Zeit nimmt, kann im Internet leicht eine große Anzahl von offiziellen oder halboffizielle Verlautbarungen über die neuen Medien, das Informationszeitalter und das Internet finden, die entweder direkt aus dem Pentagon stammen oder von paramilitärischen sowie regierungs- oder parteinahen Institutionen (wie etwa dem *Council of Foreign Relations* oder der *RAND-Corporation*) für das *briefing* von Politikern verfaßt worden sind. Es sind operative Dokumente, sozusagen strategische Dossiers, die für nichtprofessionelle Rezipienten weniger wegen ihres Informationsgehaltes interessant sind als vielmehr wegen der Tonlage, der Argumentationsformen und der Denkmuster, die sie offenbaren.

Der in diesem Heft abgedruckte Aufsatz von Charles Swett, einem Mitarbeiter des Pentagon, läßt sich leicht zusammenfassen, weil er mit einem kleinen Set von Hauptargumenten das Internet einer Betrachtung unterzieht, die ganz auf die Interessen des Verteidigungsministeriums ausgerichtet sind. Es soll untersucht werden, ob, wie, und unter welchen, die Sache vielleicht komplizierenden Bedingungen Internet, neue Kommunikationstechniken und Cyberspace für künftige Kriege (bzw. ihre Vorbereitung oder Verhinderung) genutzt werden können. Auffallend auf den ersten Blick ist, daß die Betrachtung sehr stark auch innenpolitische Aspekte mit einbezieht, für die das DoD (Department of Defense) eigentlich nicht zuständig ist. Dieser Umstand ist für unsere Zwecke eher günstig, weil damit der Standpunkt der Regierung (hier speziell der Clinton-Administration) insgesamt deutlich wird und nicht nur die Partialinteressen des DoD.

Der Kampf gegen die „Torhüter“

Über lange Passagen ist der Text geprägt von der bekannten Euphorie, die nicht nur in den USA die *eine* Weise des Verhaltens dem Internet gegenüber charakterisiert. Als ein neues globales Interessenfeld, indem zwar noch Chaos herrscht, aber auch die Chance für eine neue demokratische Struktur der Öffentlichkeit enthalten ist, wird das Internet zum Projektionsfeld oder Mythos von basisdemokratischen Vorstellungen. Mit seiner Hilfe könne, so das zentrale Argument, eine „elektronische Demokratie“ entstehen, deren wichtigstes Charakteristikum es sei, daß die Regierung direkt kommunikativ mit der Bevölkerung oder Wählerschaft kurzgeschlossen werden könne. Man müsse nur jedem Abgeordneten eine homepage, jedem Ministerium ein bulletin board geben und jedem Bürger einen Computer mit Netzanschluß. Dann könne man etwa alle Gesetzesvorlagen jedem zugänglich machen und Debatten über sie in Gang setzen, die auch wiederum allen zugänglich wären. Alle diese Komponenten einer naiv erscheinenden Utopie vertragen keine ernsthafte Hinterfragung, ihre Widersprüche sind offenbar. Man braucht nur zu überlegen, wie eine solche landesweite Diskussion aller mit allen – über hunderte von Seiten starke Gesetzestexte etwa – funktionieren soll, und wer die Zeit hat, sich daran zu beteiligen. Auch der allein an seinem Bildschirm sitzende, per Email kommunizierende und sich aus Websites und Datenbanken informierende Bürger ist wenig überzeugend als Prototyp des idealen Subjekts einer neuen globalen Demokratie.

Solche Einwände zitiert der Text selbst, ohne übrigens dazu Stellung zu nehmen. Es scheint, daß die euphorische Schilderung der elektronischen Demokratie nur rhetorischer Ausgangspunkt ist für den in Breite vorgetragenen Angriff auf die klassischen Massenmedien. Diese nämlich werden als durchaus oppositionelle, ja subversive Instanzen charakterisiert, die sich als „Torhüter“ des Nachrichtenflusses zum Rezipienten etabliert haben, die Informationen und Meinungen zurück halten oder manipulieren. Auch hier ist die Gegenvorstellung reichlich naiv, der ‚normale‘ Bürger sei tatsächlich in der Lage und willens, selbst im Fluß der Meldungen die richtigen Fische herauszuangeln, sie zu interpretieren und in Zusammenhänge zu stellen. Beim gegenwärtigen Stand der Technik würde man für eine solche Informationsversorgung, sollte sie etwa die durch eine Tageszeitung vermittelten Nachrichten umfassen, täglich mehrere Stunden surfen müssen, und selbst dann noch wäre die Auswahl des schließlich ‚Gespeicherten‘ sehr willkürlich. Denn das Nutzen von Suchmaschinen und Filtern wäre ja dann gleichbedeutend mit dem Wirken von elektronischen Torhütern im Netz. Auch ein wesentlich schnelleres System würde dieses Pro-

blem nicht lösen, denn es würde ja zu dem Zweck entwickelt, noch mehr Inhalte noch schneller zur Verfügung zu stellen.

Die auffällige Leichtigkeit, mit der solche Einwände ausgeschaltet bleiben oder allenfalls angedeutet werden, liegt gewiß nicht an einer beschränkten Auffassungsgabe oder eingegrenzten Perspektive des Pentagon-Analytikers, sondern sie dient der Polemik gegen regierungsunabhängige Massenmedien. Der reichlich eindimensionalen Vorstellung von deren durchweg subversiver Wirkung entspricht die ebenso oberflächliche Zeichnung der demokratischen Alternative.

Wenn man sich die Konnotationen des Textes klarmacht, dann erscheint Internet als ein Mittel, mit dem eine grundlegende Übereinstimmung zwischen Politikern und Wählern, zwischen Herrschenden und Untertanen zum Ausdruck kommen und zur politischen Wirkungskraft gemacht werden kann. Das Vorhandensein einer solchen ‚demokratischen‘ oder besser patriotischen Grundstimmung, die durch Presse und Massenmedien bislang unterdrückt worden sei, wird implizit vorausgesetzt und erscheint als erwiesen, wenn behauptet wird, in den basisdemokratischen Emails und websites würde sie sich sofort artikulieren. An dieser naiv-utopischen Vorstellung ist vor allem nützlich, daß sie den Konsens als unleugbar erscheinen läßt, und die reiche Beigabe an Anekdoten trägt dazu bei, diesen Eindruck zu unterstützen.

Das zweischneidige Schwert

Aber dieselbe offene Struktur, die es einer demokratisch gesinnten Untertanenschaft möglich mache, sich von den manipulierenden Systemen der Massenmedien zu emanzipieren und sich direkt an die für sie sorgenden Politiker zu wenden, erlaube es auch feindseligen „Aktivisten“, das Internet für ihre Zwecke zu nutzen. Im Text erscheinen diese Elementen als „Interessen-“, oder „Randgruppen“. Sie werden zwar ohne direkt diskriminierende Töne aufgeführt, aber in den Beispielen kommt das Feindbild zum Vorschein, wenn etwa von „Verschwörungstheoretikern“ oder „Haßgruppen“ gesprochen wird. Während in Staaten mit autoritären Regimes die Opposition legitim das Internet für ihre Zwecke benutzen dürfen soll, erscheint die fehlende Kontrolle der Aktivitäten organisierter Gruppen und Einzelpersonen im Netz als Gefahr. Die Gefahr liegt darin, daß sie „eine populistische Herangehensweise den traditionellen Regeln vorziehen“ und damit den nationalen Konsens gefährden.

Am Ende weist das Papier auf die wachsenden Möglichkeiten hin, das Internet in Konfliktfällen und Kriegen zu nutzen, führt diese aber nicht mehr im

einzelnen aus. Deshalb werden zu den Vorstellungen über künftige Kriege andere Quellen herangezogen. In ihnen steht die Kommunikation innerhalb der kriegführenden Armee im Mittelpunkt sowie die Information der eigenen und der Weltöffentlichkeit über drohende Krisensituationen. Das eigentliche Einsatzfeld der neuen elektronischen Technologien wird jedoch in ihrer Nutzung als neues, die Kriegführung revolutionierendes Waffensystem gesehen. Im dadurch gekennzeichneten Übergang zum „Information Warfare“ sehen viele den Beginn eines neuen Zeitalters der Militärgeschichte.

Es ist dadurch gekennzeichnet, daß der klassische Unterschied zwischen „Kriegs-“ und „Friedens-“Zeiten verschwimmt. Schon Eingriffe in die „elektronische Privatsphäre“ können Teil eines Informationskrieges „der Klasse 1“ sein.¹ Es ist ein Krieg, in dem das Individuum sich gegen Computersysteme wehren muß, weil Informationen über jede Person in Tausenden von Datenbanken enthalten sind und ständig hin und herbewegt werden. Wenn sie nicht korrekt sind, ist es unendlich schwierig, die Exekutive daran zu hindern, aufgrund dieser falschen Daten in freiheits- oder gar lebensgefährlicher Form tätig zu werden.

Mit „Klasse 2“ wird der Kampf auf die Ebene großer kommunikationstechnologischer Konglomerate verlagert. Diese können Industriebetriebe, internationale Konzerne, eine Administration oder ein militärisches Kommandozentrum sein. Was zunächst als bloße Perfektion traditioneller (Industrie-) Spionage erscheint, kann heute ganze Staaten erfassen und zur Ersatzstrategie für einen konventionellen Krieg werden. Dabei werden Daten nicht nur entwendet oder Kommunikationssysteme des „Feindes“ lahmgelegt, sondern man kann auch mit falschen Daten und fingierten Informationen arbeiten, was den Vorteil hat, daß der „Feind“ lange Zeit die elektronische Attacke nicht bemerkt.

„Klasse 3“ erreicht der Informationskrieg, wenn er globale Ausmaße annimmt. Eine Aggression dieses Typs richtet sich gegen Länder, Regionen oder Koalitionen von Staaten und entspricht somit noch am ehesten dem Begriff von Krieg, wie wir ihn gewöhnt sind. Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: Geld, Personal und Industriekapazitäten sind nicht mehr der entscheidende Faktor. „Im Vergleich zu traditionellen Waffensystemen eröffnet der Informationskrieg neue Dimensionen der Kosteneffektivität“, und zwar nicht nur für die eigene Streitmacht, sondern auch für „Terroristen oder feindliche Regierungen“². Die neue Möglichkeit, Kriege aus großer Entfernung ohne Einsatz

¹ Ausdruck von Schwartau (1994). Die folgende Einteilung ist dieser Darstellung entnommen.

² Haeni (1997), S. 7

von größeren Truppenkontingenten zu führen, steht tendenziell auch kleineren Mächten oder Organisationen offen.

Deswegen birgt auch der Informationskrieg erhebliche Risiken in sich: Je mehr Kriegsaktivitäten von der Informationsverfügung und -verarbeitung abhängig werden, um so wichtiger wird das Funktionieren der militärischen Kommunikationssysteme für Sieg oder Niederlage.

Das Schwert der Technologie im Informationszeitalter schneidet in beide Richtungen. Die USA schwangen es im Golfkrieg, um das irakische Oberkommando blind zu machen und zu demoralisieren. Aber kaum war der Siegesrausch abgeflaut, begannen sich Pentagonbeamte zu fragen, wie verwundbar die US-Streitkräfte selbst durch einen Angriff im Cyberspace sein könnten, jener neuen Dimension, die durch die Ausbreitung von Satelliten, riesige Datenbanken, Zellulartelefone, Faxgeräte und globale Computernetze entstanden ist.³

So wird die neue Waffe zum „zweischneidigen Schwert“ und die neuen Errungenschaften, die die eigene Überlegenheit ins Unermeßliche steigen lassen oder einen konventionellen Krieg möglicherweise sogar ersetzen können, stellen zugleich eine gleichfalls neue Dimensionen annehmende Gefährdung dar – ähnlich dem Internet, das eine durchaus ambivalente neue Dimension von Öffentlichkeit darstellt.

Die DoD-Studie behandelt dieses Thema rein machtorientiert und folgt lakonisch: Das Internet muß kontrolliert werden, und zwar von uns. Die eigentlichen neuen Dimensionen menschlicher Kommunikation treten in der Diskussion in den Hintergrund, und die um den Informationskrieg geführte Debatte würde trotz apokalyptischer Zukunftsbilder wohl ähnlich verlaufen, wenn es um die Einführung neuer, nur technisch komplizierterer Waffensysteme ginge. So fragen sich denn die Autoren der RAND-Studie, ob Information Warfare wirklich so etwas neues ist:

Vier Jahre später [nach dem Golfkrieg, gg] kämpft das Verteidigungs-Establishment immer noch um eine Definition von Information Warfare, und die Experten streiten sich immer noch um Grundbegriffe. Ist Information Warfare eine ganz neue Konfliktform, die existiert aufgrund der entstehenden globalen Informations-Infrastruktur, oder ist sie eine neue Ausprägung einer alten Form, etwa der Spionage, deren Ursprünge in den ‚grauen Zellen‘ des menschlichen Gehirns zu suchen sind?⁴

Eine solche Sicht, welche die Diskussion neuer Dimensionen meidet, könnte analog für alle Bereiche von Internet und Cyberspace formuliert werden: *Echelon* wäre dann nur eine neue, wesentlich umfassendere Form der

³ RAND-Studie

⁴ Ebd.

Briefzensur, *Hacker Warfare*⁵ entspräche der Panzerfaust früherer Waffengenerationen und der illegale Zugriff auf digitale Dokumente oder Daten im Netz wäre in einer ähnlichen Weise zu beurteilen wie das Fälschen oder Kopieren von Banknoten oder Geheimdokumenten.

Sorgen bereitet den Militärs jedoch die zunehmende Verflechtung mit und Abhängigkeit von zivilen Strukturen:

Nahezu alles, was das Militär tut – vom Entwerfen von Waffensystemen über das Steuern von Marschflugkörpern bis hin zur Bezahlung, Ausbildung und Mobilisierung von Soldaten – hängt von computergesteuerten zivilen Informations-Netzwerken ab. Etwa 95 % der militärischen Kommunikation läuft über dasselbe Telefonnetz, das zur Faxübertragung eines Vertrages oder zum Gespräch mit einem Freund in einem anderen Staat benutzt wird. Amerikanische Militärbasen hängen an nationalen elektrischen Stromnetzen. Ankäufe bezahlt das Pentagon über das Bundesbankennetz. Soldaten werden unter der Leitung der zivilen Eisenbahn- und Luftverkehrsüberwachung transportiert. (...) Darüber hinaus hat das Militär in Friedenszeiten keine legale oder politische Befugnis, zivile Informationsnetze vor Hackern, Saboteuren und Terroristen zu schützen.⁶

Aber auch in bezug auf diesen Bereich wird nur gesehen, was als bloße Verschärfung schon immer „gefährlicher“ Zustände durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten erscheint. Unterschwellig spiegelt sich in den zitierten Befürchtungen das traditionelle Mißtrauen der Militärs gegenüber der zivilen Politik wider, das in Kriegszeiten immer wieder zu *Dolchstoßlegenden*⁷ Anlaß gegeben hat.

„Regulierung“ durch Hegemonie

Die Debatte um die neuen Medien und Kommunikationsmöglichkeiten findet parallel zu einer anderen Diskussion statt, mit der sie auf den ersten Blick in kaum einem Zusammenhang zu stehen scheint. Es ist die Frage, wie die gegenwärtige Epoche nach dem Ende des Kalten Kriegs zu beurteilen sei. Es hat sich als Konvention herausgebildet, die Epoche nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems (Post-Cold War) in zwei Etappen einzuteilen, in deren erster zunächst eine eher pessimistische Grundstimmung vorherrschte. Der Verlust (in der Diskussion als „deregulation“ bezeichnet) einer auf gegenseitig-

⁵ Vgl. die entsprechenden Aufsätze zu Information Warfare und zum Echelon-System in diesem Heft.

⁶ RAND-Studie

⁷ Z.B. der, daß der Vietnamkrieg hätte gewonnen werden können, wenn die Politiker dem Militär nicht die Erlaubnis zum Einsatz von Atomwaffen verweigert hätten.

ger Bedrohung und Wettbewerb auf allen Gebieten zwischen den beiden Blöcken beruhenden relativ stabilen Ordnung hat die USA unvorbereitet getroffen.⁸

In den Veröffentlichungen dieser Zeit finden sich vorwiegend düstere Prognosen, die bereits in den Titeln der repräsentativen Texte anklingen: „The Coming Anarchy“, „The Ends of the Earth: A Journey at the Dawn of the Twenty-First Century“ oder „The Clash of Civilizations?“⁹. Eine gewisse Instabilität in Europa, das Auseinanderbrechen von kleineren Staaten in winzige, dysfunktionale Teile (Kaplan), in denen die Regierungen von Drogenkartellen und kriminellen Organisationen abhängen oder gestellt werden, oder die neue Einteilung der Welt in große, durch gemeinsame kulturelle Traditionen geeinte Blöcke (Huntington) markierten aus US-amerikanischer Sicht eine ungewisse, durch viele unkontrollierbare Krisenherde gekennzeichnete Zukunft.

Bereits in dieser Phase wurde aus dieser Analyse abgeleitet, daß die USA das von der Sowjetunion hinterlassene Vakuum auszufüllen hätten. Dies sei einem sonst zu erwartenden „Chaos“ oder einem langwierigen Prozeß der Bildung einer ausgewogenen „Multipolarität“¹⁰ vorzuziehen. Nach einer Phase der Unsicherheit und des Abwägens – und auch einer relativen außenpolitischen Passivität – setzte sich allmählich die Überzeugung durch, daß die Herausforderung angenommen werden müsse. Konkret wurde die damit verbundene globale Politik in einem Pentagon-Dokument von 1992 so formuliert:

Unser erstes Ziel muß es sein, das Wiederauftauchen, sowohl auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion als auch anderswo, eines neuen Rivalen zu verhindern, der eine Bedrohung von der Art darstellen könnte, wie es die frühere Sowjetunion war. (...) Unsere Strategie muß sich jetzt darauf konzentrieren, das Entstehen eines jeglichen zukünftigen globalen Konkurrenten auszuschließen.¹¹

Inzwischen gibt es in der öffentlichen politischen Diskussion in den USA kaum mehr Stimmen, die für irgendeine Alternative, etwa für eine demokratische, pluralistische Weltordnung, wie sie in der Konstruktion der UNO als Idee enthalten ist, plädieren. Im Gegenteil: Die neue Eine Welt soll von den USA angeführt, das 21. Jahrhundert das „amerikanische“ Jahrhundert werden, mit einer bislang noch kaum vorstellbaren Übermacht auf allen Gebieten.

Diese neue, „imperiale“ Politik¹² wäre falsch interpretiert, würde man sie auf reine Machtbesessenheit zurückführen. In der Sprache der Militärs ist das

⁸ Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf Haass (1997) und Nye jr. (1990)

⁹ Kaplan (1994); Huntington (1996)

¹⁰ Krauthammer (1990/91)

¹¹ Zit nach Haass, S. 53

¹² Kristol (1997): „Eines Tages wird sich das amerikanische Volk der Tatsache bewußt werden, daß es eine imperiale Nation geworden ist. ... Das ist so gekommen, weil die Welt es so wollte“

Bild vom Kampf und Wettbewerb gegen Rivalen dominant, weil sie die Strategien zur Durchsetzung der Vorgaben entwickeln müssen. In einer breiteren Öffentlichkeit ist der Gedanke an die Hegemonie mit einer tatsächlichen Euphorie verbunden, die sich auf die sie rechtfertigenden Werte und Ideale bezieht. Einer Mehrheit der Bevölkerung erscheint das Hegemoniestreben als objektives, logisches und unausweichliches Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung – und diese Botschaft soll zur Grundlage werden für so etwas wie einen neuen globalen *new deal* zwischen der Supermacht und allen anderen kleineren Mächten.

„Soft Power“ und Strafaktionen

Entsprechend dem neuen Selbstbewußtsein aus der Überzeugung, zur moralischen Autorität einer globalisierten Welt berufen zu sein, stellen sich die Strategen einer neuen Militärdoktrin vor, daß ihre Ideale und Errungenschaften sich eigentlich weltweit von selbst durchsetzen müßten und daß man, wenn nicht, Gewalt anwenden dürfe. Als *soft power* bezeichnen Nye und Owens „die Attraktion der amerikanischen Demokratie und des freien Marktes“. *Soft power* sei „die Möglichkeit, gewünschte Ergebnisse in der Außenpolitik durch Attraktivität eher als durch Zwang zu erreichen“¹³. Es gehe darum, andere von solchen Normen oder Wertvorstellungen zu überzeugen, die ein von den USA gewünschtes Verhalten bewirken. *Soft power* wirke durch den Anreiz von Ideen, und diese müßten so geschickt propagiert werden, daß sie die Bedürfnisse anderer bestimmen oder modifizieren.

Neben Schlagwörtern wie „Demokratie“ und „Freiheit“ rückt ins Zentrum dieses Ensembles von Ideen immer mehr der „Markt“ und seine Regeln. Durch Unterwerfung unter diese Prinzipien soll sich die übrige Welt in eine *freiwillige* Abhängigkeit von den USA begeben (und man sieht diesen Prozeß in bezug auf Europa schon als weit fortgeschritten an, abgeschlossen sei er in Südamerika). Als Zeichen dafür wird auch die Tatsache interpretiert, daß in diesen Ländern „eine gewisse Amerikanisierung der populären Kultur“ akzeptiert werde: „Unsere Missionare leben in Hollywood“¹⁴.

Während der beiden Weltkriege hatte die jeweilige amerikanische Regierung von den Filmproduzenten in Hollywood eine Unterstützung ihrer Absichten, in die europäischen Auseinandersetzungen einzugreifen, gefordert. Diese

¹³ Nye/Owens (1996)

¹⁴ Kristol (1997)

hatten mehr oder weniger zögernd gehorcht und Kriegspropaganda geliefert. Trotz einer bei diesen Gelegenheiten bewiesenen patriotischen Gesinnung sahen sie es als ihre normale Aufgabe an, mit Filmen Geld zu verdienen und deshalb Unterhaltungsware zu liefern. Selbst der über Jahrzehnte laufende Aufstieg Hollywoods zur global vorherrschenden Macht war das Ergebnis von ökonomischen Machtkämpfen, und die dabei einhergehende Ausbreitung des *american way of life* ist ein sekundärer Effekt gewesen – was nichts über seine Ausmaße aussagt.

Im Zeitalter des Globalismus ergibt sich eine neue Konstellation. Die Wirkung und der Einsatz von Medienprodukten aller Art (Informationen, Dokumentationen, Filme, Fernsehserien etc.) soll nunmehr gezielt und organisiert erfolgen, denn die *soft power* entfaltet ihre Wirkung im ‚Cultural Warfare‘¹⁵.

Der wohltätige Hegemon

„Amerikaner sollten nicht länger die Tatsache leugnen, daß die ihre von allen anderen Nationen in der Welt die gerechteste und das beste Modell für die Zukunft ist“, schreibt David Rothkopf, ein früheres hohes Regierungsmitglied in der Clinton-Administration.¹⁶ Der Satz ist offenbar in der internen Diskussion gegen Kreise gerichtet, die sich solchen „Evidenzen“ gegenüber noch sträuben. Auf sie sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen und betont, daß die hier als herrschend beschriebene Ideologie immer noch „umstritten“ ist, Zweifler und Gegner sich artikulieren, und daß es vor allem in universitären und wissenschaftlichen Kreisen eine Opposition gibt, welche die hegemoniale Ideologie und ihren Jargon scharf kritisiert. Zu ihr gehören auch Teile der liberalen Presse.

In ihrem Kern ist die neue US-Außenpolitik ein Programm der Missionierung der ganzen Welt im Namen nicht hinterfragter Ideen („Menschenrechte“, „freier Markt“), die keine religiösen sind, aber wie religiöse wirken sollen. Dabei spielt ihre Herkunft aus demokratischen Traditionen keine Rolle, auch und gerade dann, wenn sie zur Legitimation undemokratischer Aktionen dienen müssen. Es darf nicht übersehen werden, daß sie zudem im Zusammenhang mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik stehen, die inzwischen auch dogmatische Züge angenommen hat. Als notwendig für die Verteidigung von „Ideen“

¹⁵ Es ist erstaunlich, daß dieser Begriff in den Texten nicht auftaucht, nur „Cultural Imperialism“ (mit einem Fragezeichen) ist als Titel des Artikels von Rothkopf in die Diskussion gekommen.

¹⁶ Rothkopf (1997), S. 47.

bezeichnen die USA inzwischen immer offener sowohl Aktionen, die zur weltweiten Durchsetzung des „freien Markts“, zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen unternommen, als auch Kriege, die im Rahmen von Konkurrenzauseinandersetzungen um Absatzvorteile geführt werden.

Viele Beobachter behaupten, daß es ekelhaft sei, die Möglichkeiten der globalen Informationsrevolution zu nutzen, um die amerikanische Kultur über alle anderen zu stellen, aber diese Art von Relativismus ist ebenso gefährlich wie falsch. ... Die Amerikaner sollten ihre Vision in der ganzen Welt verbreiten, denn wenn sie dies nicht täten und eine Haltung des ‚leben und leben lassen‘ einnähmen, würden sie diesen Prozeß den nicht immer nützlichen Aktionen anderer überlassen. Dabei die Mittel des Informationszeitalters zu nutzen, ist vielleicht die friedlichste und kraftvollste Weise, die Interessen Amerikas zu fördern.¹⁷

Die Vision einer „globalen Kultur“, die unter dem alleinigen Einfluß einer Supermacht entsteht, die nicht nur im ökonomischen Bereich das Sagen hat, sondern auch die Informationskanäle absolut kontrolliert, wird nirgends so offen gefordert wie in dem hier zitierten Artikel. Sein Autor scheut sich auch nicht, offen rassistisch zu argumentieren:

Gleichzeitig sollten Amerikaner nicht auf Leute hereinfliegen wie Lee Kuan Yew und Mahatir nin-Mehamad, die Ministerpräsidenten von Singapur und Malaysia, die vorbringen, daß es einen „asiatischen Weg“ gebe, über den Nichtasiaten nicht urteilen könnten und der es erlaube, den Lauf der Ereignisse in diesem Teil der Welt zu dirigieren. Dieses Argument ist politische Rhetorik im eigenen Interesse. Gut und Schlecht, das Beste und das Schlimmste existieren auf dieser Welt nebeneinander. Es gibt absolute Regeln¹⁸, und diese Tatsache nicht anzuerkennen ist mit politischen, ökonomischen und moralischen Kosten verbunden.¹⁹

Sicher wäre es falsch, in solchen Äußerungen bereits eine konkrete Beschreibung amerikanischer Außen- und Medienpolitik zu sehen. Auch in den USA gibt es einen Meinungsstreit über solche Ideen – Gott sei Dank, ist man versucht zu sagen. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Klarheit und Entschlossenheit, die in ihnen mitschwingt und einen Teil der gegenwärtigen Euphorie auch über das Internet nährt, eher Einfluß auf die Entscheidungen von Administrationen gewinnt als die gerade auch in den USA starke Tradition einer kritischen wissenschaftlichen Debatte.

¹⁷ Rothkopf ebd.

¹⁸ Im Englischen „absolute“. Es ist naheliegend, dieses Wort mit „Dogmen“ oder „absolute Normen“ zu übersetzen.

¹⁹ Rothkopf ebd.

Benutzte Literatur

- Haass, R. N.: *The Reluctant Sheriff*, New York 1997.
- Haeni, Reto E: *Information Warfare. An Introduction*. Washington DC 1997
- Huntington, Samuel: *The Clash of Civilization*. New York 1996; dt. erschienen: *Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München 1996.
- Kaplan, Robert: *The Coming Anarchy*, in: *Atlantic* 1994
- Krauthammer, Charles: *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* 1990/91
- Kristol, Irving: *The Emerging American Empire*. In: *Wall Street Journal*, 18.8.1997.
- Nye, Joseph S. jr.: *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*, New York 1990
- Nye, Joseph S. jr./William A. Owens: *America's Information Edge*. In: *Foreign Affairs*, März-April 1996.
- Information Warfare: *A Two-Edged Sword*. *RAND Research Review*, <http://www.rand.org> (RAND-Studie)
- Rothkopf, David: *In Praise of Cultural Imperialism?* In: *Foreign Policy* 107 1997, S. 38-54.
- Schwartzau, Winn: *Information Warfare. Chaos on the electronic superhighway*, 1994.